

Für das Recht auf Generalstreik

»Wer die Menschenrechte anerkennt, räumt der politischen Beteiligung beim Aufbau demokratischer Herrschafts- und Lebensformen einen vorrangigen Platz ein. Deshalb sind Konflikte zwischen sozialen Bewegungen und den Regierenden notwendig, um eine faire Verteilung des erwirtschafteten Reichtums und eine angemessene Beteiligung an den wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen zu erreichen.« *Der Ökonom und Jesuit Friedhelm Hengsbach in Frankfurter Rundschau vom 28.10.2006)*

In einer Zeit, in der in Deutschland Sozialabbau, sinkende Masseneinkommen und Vernichtung von Arbeitsplätzen immer stärker den Alltag der Menschen einschränken und sich immer mehr Wählerinnen und Wähler enttäuscht von der Politik abwenden, will DIE LINKE die Bürgerinnen und Bürger dazu ermutigen, sich wieder stärker an der politischen Willensbildung zu beteiligen und hat im Deutschen Bundestag das Recht auf den politischen Streik, den Generalstreik, gefordert.

Was in Europa – mit Ausnahme Dänemarks und Englands – als Teil der demokratischen Willensbildung erlaubt ist, ist in Deutschland verboten. Das hat Folgen. Beispiel Kündigungsschutz: Die französische Regierung hatte nahezu zeitgleich mit der deutschen die Aufhebung des Kündigungsschutzes verlangt. In Frankreich haben die Gewerkschaften dagegen den Generalstreik ausgerufen, und die Bürgerinnen und Bürger daraufhin die Straße zur politischen Bühne erklärt. Diese Bewegung hat die französische Regierung dazu gezwungen, ihre Gesetzesinitiative zurückzunehmen.

»Selbst der ver.di-Streik ging gegen das Volk!« *Dirk Niebel, FDP, im Deutschen Bundestag zur Forderung der Bundestagsfraktion DIE LINKE. nach einem Recht auf Generalstreik*

Die Reaktion in Deutschland könnte unterschiedlicher nicht ausfallen. Hier hatte die Große Koalition wie die Regierung in Frankreich angekündigt, den Kündigungsschutz für die ersten zwei Jahre nach Aufnahme einer Beschäftigung aufzuheben. Im Gegensatz zu den Franzosen mussten dies die Deutschen wie eine unvermeidliche Fügung des Schicksals stillschweigend hinnehmen. Erst als die deutschen Wirtschaftsverbände dieses Gesetzesvorhaben geschlossen ablehnten – weil ihnen die Pläne immer noch nicht weit genug gingen! – hat die Kanzlerin gesagt: »Wenn es nicht gewünscht wird, wird es nicht gemacht. Dann lassen wir es, wie es ist.« Denn was die Wirtschaft wünscht, das ist der Kanzlerin Gebot. Für Volkes Wunsch gilt hingegen: »Das Volk, welches die Macht ausübt, ist nicht immer dasselbe Volk wie das, über welches sie ausgeübt wird...« Diese kritische Einsicht des liberalen Philosophen und Ökonomen John Stuart Mill ist über 150 Jahre alt. Sie ist in Deutschland längst Wirklichkeit geworden.

»Die Gewerkschaften treten dafür ein, daß sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv und in verschiedenen Formen bei der politischen Willensbildung einmischen. Je mehr Menschen ihre Kompetenz einbringen, Argumente äußern und Meinungsstreit friedlich austragen, desto sicherer wird die Zukunft der Gesellschaft und der Demokratie. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht auf Demonstration mit Arbeitsniederlegung.«
Aus dem DGB-Grundsatzprogramm



Bevölkerungsmehrheit fürchtet Kürzung von Sozialleistungen

Frage: »Bitte sagen Sie bei jedem Aspekt, ob Sie sich persönlich davon bedroht fühlen.« (Anteile »stark bedroht« und »sehr stark bedroht« zusammengefasst) Datenbasis: Bevölkerungsumfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr von Mai 2005

Kürzung von Sozialleistungen



Wirtschaftskrise in Deutschland



Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter



Unzureichende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit



Unzureichende finanzielle Absicherung im Krankheitsfall



Verlust des Arbeitsplatzes



Kriminalität



Klimawandel durch globale Erwärmung



Überalterung der Gesellschaft



»Um die Menschen stärker zu politisieren, fordert DIE LINKE das Recht auf den politischen Streik, den Generalstreik, und hat hierzu bereits eine Initiative in den Bundestag eingebracht.« *Oskar Lafontaine in Junge Welt vom 21.10.2006*

In Deutschland herrscht im internationalen Vergleich nicht nur die höchste Regulierungsdichte beim Streik- und Tarifrecht (Arbeitszeit, Entlohnung). Mit der Begrenzung auf tariflich regelbare Ziele sowie das gewerkschaftliche Streikmonopol verstößt das deutsche Arbeitskämpfrecht laut EU-Sachverständigen auch gegen die völkerrechtlich verbindliche Europäische Sozialcharta. Darauf hat eine Studie des Wissenschaftlichen Dienstes im Deutschen Bundestag hingewiesen.



Sieben Jahre SPD und Grüne und ein Jahr CDU und SPD in der Bundesregierung haben die Position der Gewerkschaften geschwächt. Die hohe Arbeitslosigkeit, die verschlechterte soziale Absicherung, die so genannte »Eigenverantwortung« machen nicht – wie es CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne den Menschen vorgaukeln – »frei«, sie machen den Menschen Angst.

Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr hat in seiner »Bevölkerungsumfrage 2005« die Ängste der Bürgerinnen und Bürger offen gelegt: Auf die Frage, wovon sie sich »persönlich bedroht« fühlen, antworteten 60 Prozent der Bundesbürger »durch die Kürzung von Sozialleistungen«. Etwa jeder Zweite fühlt sich durch die »Wirtschaftskrise in Deutschland« persönlich bedroht und fürchtet eine »unzureichende finanzielle Absicherung im Alter, bei Arbeitslosigkeit bzw. Krankheit«. Vier von zehn Bürgern haben Angst vor dem »Verlust des Arbeitsplatzes«. Bevölkerungsmehrheiten also, gegen deren Interessen die Große Koalition Politik betreibt.

»In welcher Bierlaune ist das denn entstanden?« **Andrea Nahles, SPD,** im Deutschen Bundestag zur Forderung der Bundestagsfraktion DIE LINKE. nach einem Recht auf Generalstreik

»Ein Druck, durch wen auch immer, darf auf uns nicht ausgeübt werden.«
Gitta Connemann, CDU/CSU, im Deutschen Bundestag zur Forderung des Rechts auf Generalstreik der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Die Bundesregierung verneint schlichtweg die Sorgen der Menschen, wenn – wie am 21. Oktober 2006 – mehr als 200.000 Bürgerinnen und Bürger gegen Rentenkürzungen, Jugendarbeitslosigkeit und Tatenlosigkeit der Regierung bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armutslöhnen auf die Straße gehen und Regierungsvertreter den Gewerkschaften daraufhin vorwerfen, sie hätten sich damit »als ernsthafter Gesprächspartner verabschiedet«.

DIE LINKE. fordert, die Politik wieder in den Dienst der Bevölkerungsmehrheit zu stellen, anstatt sich – wie die Große Koalition und wie zuvor SPD und Grüne – einseitig der Wirtschaft, ihren Unternehmensführern und Lobbyisten anzudienen.

Dazu müssen sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sozial und wirtschaftlich Benachteiligten – dazu zählen auch Mittelständler und Selbständige – zu Wort melden und Druck auf die Regierung ausüben dürfen. Deswegen fordert DIE LINKE. das Recht auf den politischen Streik, den Generalstreik.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de



**Für das Recht
auf Generalstreik**

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

